
Freie Demokraten im Hessischen Landtag

EU-SUBSIDIARITÄTSRÜGE

08.02.2012

Müller erklärte weiter:

„Wir begrüßen, dass der Bundesrat in der Europakammer die vom Land Hessen initiierte Subsidiaritätsrüge im Hinblick auf die Zuständigkeiten zur Handhabung lärmbedingter Beschränkungen des Flugbetriebs angenommen hat. Wahr ist aber, dass der Bundesrat die Subsidiaritätsrüge auf Grundlage des Antrags der hessischen Regierungsfractionen und auf Antrag der Hessischen Landesregierung beschlossen hat. Mit der Position der hessischen Landtagsgrünen hat sich die Europakammer des Bundesrates überhaupt nicht beschäftigt. Ein Antrag im Bundesrat kann auch nicht von einer Oppositionsfraction gestellt werden, sondern nur durch eine Landesregierung. Die Behauptung des Abgeordneten Kaufmann, die Landesregierung sei dem Antrag der Oppositionsgrünen gefolgt, ist ausweislich des Protokolls des Wirtschaftsausschusses vom 19. Januar 2012 unwahr.

Hintergrund der Subsidiaritätsrüge ist der Entwurf einer EU-Verordnung, der vorsieht, dass die EU Zuständigkeiten zur Handhabung lärmbedingter Beschränkungen des Flugbetriebs bekommen soll. Diese Zuständigkeiten müssen bei den Ländern verbleiben. Im Gegensatz zur Opposition sind wir jedoch der Auffassung, dass der Entwurf der EU-Verordnung in anderen Bereichen auch Entlastungen für die Bürger enthält. So zum Beispiel Einschränkungen der Nutzung zu lauter Flugzeuge. Deshalb ist die Entscheidung des Bundesrats eine gute Nachricht für die Menschen in der Region. Die Oppositionsgrünen hat es allerdings für eine solche Entscheidung nicht benötigt.“

Kontakt:

Pressestelle der Freien Demokraten im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden

Telefon: 0611 350-566 | E-Mail: presse-fdp@ltg.hessen.de